

UNSER ZIEL : DIE WIEDERVEREINIGUNG EUROPAS



FEBRUARY 2002



Vorwort von Enrique Barón Crespo,

Vorsitzender der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas

Das kommende Jahr wird ausschlaggebend für die Erweiterung der Europäischen Union sein. Wir sehen nicht nur dem Abschluss der Verhandlungen mit den meisten Beitrittsländern entgegen, sondern auch großen Fortschritten im Konvent, der die Zukunft der erweiterten Union vorbereitet .

Mit diesem Positionspapier, das das Ergebnis einer umfassenden Debatte innerhalb der SPE-Fraktion darstellt, werben wir dafür, dass alle Europäer der Erweiterung Vorrang einräumen. Ich möchte allen Kollegen danken, die sich an unserer Arbeitsgruppe Erweiterung beteiligt haben, insbesondere ihrem Leiter, unserem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Klaus Hänsch, sowie Jan-Marinus Wiersma, die beide wichtige Beiträge zu dem Dokument geleistet haben.

Wir Sozialisten und Sozialdemokraten werden versuchen, unsere gemeinsamen Werte der Solidarität, der sozialen Gerechtigkeit und der Demokratie in und zwischen den gegenwärtigen und künftigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu fördern. Wir teilen die Auffassung, dass Volkswirtschaften stärker sind, wenn die Gesellschaften gerecht sind. Wir sind für die Marktwirtschaft, aber gegen eine „Wirtschaftsgesellschaft“: durch Zusammenarbeit können wir mehr erreichen als allein.

Wir konzentrieren uns auf die positiven Aspekte der Erweiterung, sind uns aber auch der Schwierigkeiten bewusst, die sie mit sich bringen wird. Die bevorstehende Erweiterung wurde besser vorbereitet als alle früheren, aber sie stellt die EU vor Herausforderungen von bislang unbekanntem Ausmaß.

Wie in unserem Positionspapier dargelegt wird, wären die Kosten der Nicht-Erweiterung höher als die Kosten der Erweiterung. Verzögerungen würden die Reformen in den Beitrittsländern und den daraus folgenden Investitionsschub gefährden.

Wir glauben, dass die Erweiterung viele unserer gemeinsamen Probleme lösen – und nicht schaffen – wird. In einer unsicheren Welt bietet die Erweiterung eine Perspektive der Stabilität und der Beendigung von Konflikten. Wo heute soziale Ausgrenzung und Armut herrschen, schafft die Erweiterung Integration und Hoffnung auf wirtschaftlichen Wohlstand. In einer Welt, in der Demokratie und Menschenrechte manchmal als selbstverständliche Werte angesehen werden, konsolidiert die Erweiterung die demokratischen Werte und die Rechtsstaatlichkeit.

Eine globalisierte, vernetzte Wirtschaft und die politische Weltordnung erfordern eine erweiterte Union, die enger zusammenarbeitet, stärker Einfluss nimmt und mehr Verantwortung trägt. Wir wollen eine erweiterte Union, die mehr ist als ein reiner Binnenmarkt. Die neue EU muss imstande sein, allen ihren Bürgern ein hohes soziales und ökologisches Schutzniveau zu bieten. Nur durch wirtschaftlichen Fortschritt und Stabilität können diese Ziele erreicht werden.

Unsere politische Familie kann mit Hilfe der Sozialdemokratischen Partei Europas und der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament die Menschen in der gegenwärtigen EU und in den Beitrittsländern einander näherbringen. Unsere Mitglieder verfügen über unmittelbare Erfahrungen aus früheren Erweiterungsverhandlungen, sei es aus der Perspektive der EU, sei es aus der Perspektive eines Kandidatenlandes. Unser Ansatz steht im Gegensatz zu den unkonstruktiven Aussagen rechter Demagogen.

Unser Positionspapier legt dar, wie wir diesen Prozess vorantreiben. Lasst uns auch künftig gemeinsam an der erfolgreichen Wiedervereinigung Europas arbeiten!

POSITIONSPAPIER DER SPE-FRAKTION: DIE ERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

Die Erweiterung der Europäischen Union ist ihre größte Herausforderung und ihre größte Chance. Die Regierungschefs der Union haben verbindlich festgestellt, dass der Prozess der Erweiterung unumkehrbar ist. Mit 12 Beitrittsstaaten führt die EU detaillierte Verhandlungen und einige der für die EU und die Beitrittskandidaten schwierigsten Fragen werden zur Zeit erörtert.

Dieses Positionspapier der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas im Europäischen Parlament enthält unsere Standpunkte zur Erweiterung der Europäischen Union, unsere Prioritäten in einer erweiterten EU und die praktischen Schritte, die wir unternehmen, um den Erweiterungsprozess mit voranzutreiben.

Seit den wegweisenden Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Kopenhagen im Dezember 1993, mit denen der Erweiterungsprozeß in Gang gesetzt wurde, hat unsere Fraktion im Europäischen Parlament die Erweiterung der EU nach Süden und Osten unterstützt und gefördert. Wir wissen um die Bedeutung dieser Herausforderung und die damit verbundenen Chancen. Wir haben als Erste die Forderung erhoben, daß die Bürgerinnen und Bürger in den Beitrittsstaaten die Perspektive haben müssen, an den Europawahlen 2004 teilnehmen zu können. Der Vertrag von Nizza, der den Weg zur Aufnahme neuer Staaten in die EU ebnete, hat diese Aussicht näher gebracht. Wir unterstützen den Fahrplan und den Zeitrahmen, den der Europäische Rat für die Erweiterung festgelegt hat.

Wir unterstützen auch die Arbeit der Kommission in den einzelnen Verhandlungen. Wir beharren darauf, dass jedes Land und jedes Verhandlungskapitel dem tatsächlichen Stand entsprechend beurteilt werden muß. Angesichts der unterschiedlichen Fortschritte der Beitrittsstaaten in den Verhandlungen macht es nicht länger Sinn, sie in zwei Gruppen zusammenzubinden, zumal diese Gruppierung künstlich erfolgte. Für alle Beitrittsstaaten muß nach unserer Auffassung gelten: kein Rabatt auf die Beitrittsbedingungen, kein Warten mit Rücksicht auf andere und keine Geiselnahme durch andere.

Wir wollen, dass die ersten Beitritte rasch erfolgen, weil wir davon überzeugt sind, daß die Erweiterung für uns Vorteile bringt und eine Verzögerung für die Beitrittsstaaten Nachteile und Gefahren für ihre internen Reformen und wirtschaftlichen Investitionen.

Wir werden alles tun, was wir können, um sicherzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger möglichst vieler Bewerberländer tatsächlich an den Europawahlen 2004 teilnehmen können.

WARUM ERWEITERUNG?

Wir sind davon überzeugt, dass die bevorstehende Erweiterung in unserem ureigensten Interesse liegt. Die früheren Erweiterungen haben gezeigt, daß alle Mitgliedstaaten aus einem größeren, dynamischen Binnenmarkt und dem gewaltigen Zuwachs an internem Handel wirtschaftliche Vorteile ziehen, wodurch soziale Marktwirtschaft gestärkt wird, der Lebensstandard in der Union steigt und ihr Status in der Welt wächst. Die bevorstehende Erweiterung nach Süden und Osten macht alle Beteiligten zu Gewinnern.

Die historische Chance liegt darin, Europa wiederzuvereinigen, seine alten Trennungen und Teilungen zu heilen und zugleich in den Beitrittsstaaten sowohl wie in den jetzigen Mitgliedstaaten Sicherheit, Stabilität und Wohlstand zu gewährleisten und zu mehren. Die Welt gegen Bedrohungen wie den internationalen Terrorismus zu einigen, muß auch und zuerst heißen, Europa zu einigen. Die jüngsten Greuelthaten haben uns in unserer Überzeu-



gung gestärkt, dass globale Probleme globale Lösungen erfordern: eine erweiterte, integrierte EU kann einen wirksameren Beitrag für eine gerechte und sichere Weltordnung leisten. Die Erweiterung muss als Chance genutzt werden, um die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu stärken und Europas Gewicht in der Welt zu erhöhen.

Die Mitgliedschaft in der EU wird helfen, Demokratie und soziale Marktwirtschaft in den früheren kommunistischen Staaten weiter zu festigen. Nach dem Zusammenbruch der Diktaturen in Mittel- und Osteuropa wollen die Bürgerinnen und Bürger dieser Länder endlich Demokratie, Freiheit, soziale Sicherheit und mehr Rechte. Mit dem Beitritt zur EU können sie ihren Beitrag zum Aufbau einer neuen demokratischen Gemeinschaft auf der Grundlage gemeinsamer europäischer Ideale und Werte leisten.

Der Zeitplan der Erweiterung ist für die Bewerberstaaten politisch sensibel. Sie alle wollen so schnell wie möglich beitreten, aber es darf nicht nur um Tempo gehen, sondern auch um die Qualität des Ergebnisses. Der dauerhafte Erfolg der Erweiterung hängt davon ab, daß die Bedingungen einer Mitgliedschaft sorgfältig festgelegt werden. Dabei können Übergangsphasen und Stufenpläne in der ersten Zeit der Mitgliedschaft als Hilfsmittel einer „inkluisiven“ Strategie nützen, die das Hineinwachsen der Beitrittsstaaten in die Union erleichtert.

Für die als Beitrittsvoraussetzungen festgelegten Kriterien - Demokratie und Rechtstaatlichkeit, funktionierende Marktwirtschaft und die Zustimmung zur Übernahme der Regeln und Rechtsvorschriften der EU - kann es jedoch keine Übergangsfristen geben. Diese Kriterien müssen ab dem ersten Tag der Mitgliedschaft erfüllt werden. In den Verhandlungen hat sich gezeigt, dass Kritik der EU gegenüber den Beitrittsstaaten ihnen vielfach geholfen hat, ihre Reformen zu beschleunigen. Der Zeitplan für den Beitritt zur Europäischen Union und der Zeitplan für den Beitritt zur Wirtschafts- und Währungsunion sind nicht gleich. Die Einführung des Euro hängt davon ab, wann die Beitrittsstaaten auch die besonderen Kriterien von Maastricht erfüllen.

Weil die strengen Kriterien für die EU-Mitgliedschaft vor einem Beitritt erfüllt werden müssen, gibt es kein automatisches Recht auf Beitritt und die Grenzen der Union werden auf absehbare Zeit nicht mit den Grenzen Europas identisch sein. Darum muss die EU mit den Staaten (insbesondere mit Russland), die aus welchem Grund auch immer nicht beitreten, Kooperationsabkommen schließen über eine enge Zusammenarbeit, beispielsweise beim Ausbau von Verkehrs- und Telekommunikationsnetzen, bei der Sicherstellung von Energieerzeugung und -verteilung und beim Umweltschutz. Es muss mehr Optionen geben in Europa, als „in“ oder „außerhalb“ der EU zu sein.

Die Erweiterung ist wünschenswert und unausweichlich. Der Prozess könnte nur zu dem Preis von unkalkulierbaren und kaum kontrollierbaren politischen Reaktionen in der EU und in ganz Europa aufgehalten werden. Die Kosten der Nicht-Erweiterung wären zweifellos höher als die Kosten der Erweiterung.

VON DER REFORM ZUR INTEGRATION

Die bevorstehende Erweiterung ist mit keiner früheren vergleichbar. Nicht nur wegen der Zahl der beteiligten Staaten und der Kluft zwischen dem Lebensstandard in der EU und in den mittel- und osteuropäischen Ländern, sondern auch deshalb, weil noch nie ein Wandel diesen



POSITIONSPAPIER DER SPE-FRAKTION: DIE ERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

Ausmaßes in Angriff genommen worden ist. Das gilt sowohl im Hinblick auf die historische Dimension als auch auf die gesellschaftliche und kulturelle. Wir, die wir bei dem Erweiterungsprozess von Anfang an eine Vorreiterrolle spielten, haben weder die Herausforderung, die er bedeutet, unterschätzt noch unser großes Ziel je aus den Augen verloren: den Aufbau einer größeren Gemeinschaft des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und der Chancengleichheit.

Die neuen Mitgliedstaaten werden die kulturelle Vielfalt der EU bereichern. Wir begrüßen den Mehrwert, den die Europäische Union dadurch gewinnen wird. Wir müssen lernen, unsere Unterschiede zu akzeptieren und für die Schwierigkeiten der anderen Verständnis aufzubringen.

Zusammen müssen wir uns den Herausforderungen der Globalisierung, der Informationsgesellschaft und der Aufrechterhaltung des Friedens auf unserem Kontinent und in der Welt stellen. Trotz unserer unterschiedlichen Geschichte müssen wir uns gemeinsam für ein stärker integriertes Europa einsetzen. Als europäische Sozialisten und Sozialdemokraten sind wir der festen Überzeugung, dass die Europäische Union mehr ist als ein Gemeinsamer Markt. Wir wollen, dass sie eine Union der gemeinsamen Werte wird, damit wir die Herausforderungen der Zukunft annehmen können. Während wir unsere verschiedenen nationalen Identitäten bewahren, müssen wir uns doch auch unserer vielfältigen Interessen und unserer Identität als Europäer bewusst sein.

Die Achtung der kulturellen Vielfalt ist wesentlich und ein Gewinn für uns alle: Wir sollten sie nicht als Bedrohung empfinden, sondern als Chance und sie mit Hilfe regionaler Programme und einer aktiveren Rolle der Kommunen und von Kultur- und Bildungseinrichtungen fördern.

Unsere politische Familie war ausschlaggebend an der Festlegung aktiver Beschäftigungs- und Innovationsstrategien in der EU für sozialen Fortschritt und für mehr soziale Gerechtigkeit beteiligt. Für uns besteht die Herausforderung der Erweiterung darin, daß alle Europäer gleich welcher Herkunft Zugang zu diesen Errungenschaften bekommen. Wir wollen, dass unser System der sozialen Marktwirtschaft auch die Grundlage für die erweiterte Europäische Union wird.

Die EU kann Demokratie und politischen und wirtschaftlichen Fortschritt nur dann fördern, wenn sie selbst stabil bleibt und eine stärkere politische Identität entwickelt. Regionaler Zusammenhalt, sozialer Dialog, nachhaltige Entwicklung und Vollbeschäftigung müssen in einer erweiterten Europäischen Union Kern unserer Politik bleiben.

ERWEITERUNG ALS CHANCE FÜR EINE REFORM DER EUROPÄISCHEN UNION

Der Vertrag von Nizza macht die EU zwar erweiterungsfähig, aber er macht die erweiterte Union noch nicht funktionsfähig. Was wir brauchen, sind nicht ein paar kleinere Reparaturen am bestehenden System, sondern eine Neugestaltung der Verträge und Institutionen. Die Rechtsverbindlichkeit der Grundrechtscharta würde den politischen Zusammenhalt in einer erweiterten EU durch Achtung des gemeinsamen Rechts festigen.

Die Erweiterung ist auch eine Herausforderung für die Arbeit der EU-Institutionen selbst. Mehr Amtssprachen in der Europäischen Union bedeuten nicht nur mehr Dolmetscherkabinen in den Konferenzräumen. Allerdings würde der Vorschlag, sich auf einige wenige



Arbeitssprachen zu beschränken, politisch überaus sensible Fragen aufwerfen.

Die Debatte darüber, wie die neue Union aussehen soll, muss so umfassend wie möglich geführt werden. Wenn wir die Herausforderung der Erweiterung als Chance ergreifen wollen, müssen wir diesen komplexen Prozess zu einem klaren Projekt machen und dafür sorgen, dass er von den Menschen in der EU und den Bewerberländern auch so verstanden und angenommen wird.

Zur Vorbereitung der nächsten Vertragsrevision fordert unsere Fraktion einen Konvent, in dem Vertreter der Mitgliedstaaten, der nationalen Parlamente, des Europäischen Parlaments und der Kommission mit dem eindeutigen Mandat zusammenkommen, um Vorschläge für die Regierungskonferenz 2004 zu erarbeiten. Vor ihrem Beitritt muss den Kandidatenländern in diesem Prozess eine Beraterrolle eingeräumt werden, ab Unterzeichnung der Beitrittsverträge der Status eines Vollmitglieds.



Wir wollen, dass die Europäische Union mehr ist als nur ein gemeinsamer Markt. Die neue EU muss allen Bürgerinnen und Bürgern hohe Sozial- und Umweltstandards sichern. Eine erweiterte EU, deren Mitgliedstaaten immer enger zusammenwachsen, wird auf internationaler Ebene mehr Einfluss und Verantwortung haben. Die europäischen Völker müssen durch ein gemeinsames Projekt zusammenfinden. Dieses Ziel haben wir mit nur 15 Mitgliedstaaten noch nicht erreicht, mit 28 oder mehr wird es eine noch größere Aufgabe. Aber wir sind davon überzeugt, dass die Erweiterung Teil der Lösung, nicht die Ursache der vielen Probleme ist, die wir gemeinsam bewältigen müssen.

Zu unseren Prioritäten für eine erweiterte Europäischen Union gehören:

• **SOZIALE SICHERHEIT UND DIE SOZIALE DIMENSION**

Die Entwicklung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in der EU und in ihren Regionen ist für die Menschen von großem Vorteil. Für die Identität der EU und die Erwartungen ihrer Bürgerinnen und Bürger ist es von zentraler Bedeutung, hohe soziale Standards zu bewahren und weiterzuentwickeln. Solidarität und gemeinsame Verantwortung für die Zukunft Europas gehören für uns zum Kernbestand sozialdemokratischer Politik. Die erweiterte Union muss sich durch einen hohen Grad an Beschäftigung und an grundlegenden sozialen Standards und Rechten auszeichnen und dies weiter fördern. Bei der Kohäsion geht es nicht nur um Subventionen - wir wollen bessere Instrumente und Kriterien für die soziale, wirtschaftliche und regionale Entwicklung schaffen. Wir wollen die Renten- und Gesundheitssysteme und die Fürsorge für Kinder in der neuen EU ausbauen und verbessern, wobei die Kompetenz der Mitgliedstaaten für Sozialleistungen unangetastet bleiben soll.

Die Politik des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts muss nach den Beitritten für die gesamte Union fortgeführt werden. Die Randregionen dürfen sich von den Vorteilen der EU-Mitgliedschaft nicht ausgeschlossen fühlen. Wir müssen zusammenarbeiten, um die Probleme Armut und Ausgrenzung und die notwendige Modernisierung des Sozialstaates anzugehen. Wir wollen die Rolle des sozialen Dialogs als Instrument für sozialen Fortschritt hervorheben und ausbauen. In den Bewerberländern müssen Umstrukturierungs- und Umstellungsprogramme für die alten Industrien aufgestellt werden.

• **UMWELTSCHUTZ UND NUKLEARE SICHERHEIT**

Die EU will die Qualität der Umwelt bewahren, schützen und verbessern. Nachhaltige Entwicklung und Umweltschutz sind integraler Bestandteil aller EU-Politiken. Die Erweiterung darf nicht zu einer Verringerung der Standards für den Umweltschutz führen. Öffentliches Gesundheitswesen und Nahrungsmittelsicherheit müssen in den Mitgliedstaaten und in den Bewerberländern verbessert werden. Die neuen Mitgliedstaaten müssen die geltenden Vorschriften übernehmen und umsetzen. Es muss realistische und überprüfbare Ziele dafür geben und ehe für neue Projekte Gemeinschaftsgelder zugeteilt oder ausgegeben werden, müssen Umweltverträglichkeitsprüfungen durchgeführt werden,

Die Erweiterung muss zu einer Erhöhung der Umweltstandards in den Bewerberländern sowie zu weiteren Verbesserungen in den jetzigen Mitgliedstaaten führen. Übergangsphasen im Bereich Umwelt sollten so weit wie möglich vermieden und - wenn sie unumgänglich



sind - in Umfang und Dauer begrenzt werden. Wir anerkennen, dass die Beitrittskandidaten wegen der hohen Kosten einige Zeit für die Umsetzung der EU-Umweltgesetzgebung benötigen dürften, aber es muß einen klaren Fahrplan für die stufenweise Einführung des EU-Rechts geben. Wir müssen die Zukunft der Kernindustrie und die Sicherheit der Energieversorgung als Teil einer allgemeinen Energiestrategie behandeln.

• FREIZÜGIGKEIT UND GRENZEN

Die meisten Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten, die uneingeschränkt am Schengener System teilnehmen, schätzen die Freizügigkeit und das Fehlen von Passkontrollen, die dadurch gewährleistet werden. Auch die Beitrittskandidaten wollen Schengen beitreten.

Die meisten osteuropäischen Länder sind immer noch einkommensschwache Staaten. Wenn es auch Unterschiede von Land zu Land gibt, so gilt doch generell, daß Zuwanderer aus den Beitrittsstaaten niedrigere Qualifikationen und geringere finanzielle Ressourcen haben als Arbeitnehmer in der heutigen EU. So gibt es in einigen Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit der Erweiterung Ängste vor massiver Zuwanderung beziehungsweise vor einer Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten in die Beitrittsstaaten. Die Erfahrungen aus früheren Erweiterungen zeigen jedoch, dass solche Ängste übertrieben sind, wenn eine kohärente Politik der wirtschaftlichen Entwicklung verfolgt wird. Die Arbeitsmobilität in Europa ist begrenzt und schon früher kam der umsichtige und flexible Einsatz von Übergangsphasen den alten und neuen EU-Mitgliedstaaten gleichermaßen zugute. Beispielsweise gab es 1986 Befürchtungen im Zusammenhang mit der Freizügigkeit von Arbeitnehmern aus Spanien, aber heute ist Spanien ein Nettoimporteur von Arbeitskräften.

Um in den betroffenen Mitgliedstaaten eine breite Akzeptanz für die Erweiterung zu erreichen, unterstützen wir in den Beitrittsverhandlungen den flexiblen Ansatz der Kommission und des Rates im Hinblick auf Übergangsphasen für die Freizügigkeit von Arbeitnehmern und Dienstleistungen; wir benötigen jedoch eine gründlichere Analyse der Auswirkungen des freien Personenverkehrs auf den Arbeitsmarkt. Besonderer Aufmerksamkeit bedürfen dabei die Grenzregionen, in denen durch die Erweiterung wahrscheinlich zuerst deutliche Auswirkungen spürbar werden. Für Regionen, wo Arbeitnehmer in größerem Umfang über die Grenze pendeln, sollten besondere grenzüberschreitende Begleitprogramme erwogen werden.

• FRAUENRECHTE UND CHANCENGLEICHHEIT

Wir haben uns ständig bemüht, die Chancengleichheit von Männern und Frauen in der EU zu fördern. Die Förderung der Frauenrechte steht für uns im Mittelpunkt der Menschenrechtsagenda. Wir kämpfen für die Entwicklung der Chancengleichheit und für ihre Aufnahme in die Verträge. Angesichts der Tatsache, dass die Übernahme des Besitzstands der Gemeinschaft auf dem Gebiet der Chancengleichheit von Männern und Frauen eine wesentliche Voraussetzung für den Beitritt ist, verlangen wir, dass die Gleichstellung von Männern und Frauen, das so genannte Gender Mainstreaming, vor dem Beitritt umgesetzt sein muß.

Die effektive Umsetzung von Maßnahmen gegen Frauenhandel und Gewalt gegen Frauen muss im Mittelpunkt des Erweiterungsprozesses stehen und in der erweiterten EU weiterge-



UNSERE POLITISCHEN PRIORITÄTEN

führt werden. Die Regierungen der Beitrittsstaaten sollten auch die gleiche Beteiligung von Frauen und Männern in Entscheidungsprozessen fördern, so wie es die Empfehlung des Rates vom 2. Dezember 1996 vorsieht.

• **MAßNAHMEN GEGEN DISKRIMINIERUNG**

Unsere Fraktion steht im Kampf gegen Diskriminierung in und außerhalb der EU an vorderster Front. Wir forderten, dass in der Union Antidiskriminierungsmaßnahmen so umgesetzt werden, wie das jetzt in Artikel 13 des EG-Vertrages verankert ist. Wir wollen solche Maßnahmen während und nach der Erweiterung weiter fördern. Offene Menschenrechtsprobleme müssen wir in den Bewerberstaaten ebenso ernst nehmen wie in den heutigen Mitgliedstaaten.

Wir müssen mit den Beitrittskandidaten zusammenarbeiten, um allen Formen von Diskriminierung entgegenzuwirken. Wir sind besorgt wegen der Behandlung der Roma und anderer ethnischer Minderheiten. Zudem gibt es eine offensichtliche Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung. Wir müssen effektive Antidiskriminierungsmaßnahmen mit einer Sozialpolitik verbinden, die allen zugute kommt, und die neue Rechte und Pflichten begründet.

Die EU und die Bewerberländer müssen Strategien entwickeln, um Minderheiten besser zu integrieren, ihre gesetzmäßigen Rechte anzuerkennen, und um vor allem Gesetze gegen Diskriminierungen gemäß Artikel 13 des EU-Vertrags und der Charta der Grundrechte zu erlassen.

• **DER KAMPF GEGEN KORRUPTION, ORGANISIERTES VERBRECHEN UND TERRORISMUS**

Sicherheit und der Kampf gegen neue und alte Formen des organisierten Verbrechens gehören zu den größten Sorgen der europäischen Bürger. Korruption zerstört die Demokratie und macht das wirtschaftliche Umfeld unberechenbar. Wir alle sind dafür verantwortlich, das Anwachsen des internationalen organisierten Verbrechens zu stoppen. In den meisten Ländern gibt es Antikorruptionsprogramme, aber Polizei und Verwaltung können oft die Lage nicht meistern, wenn ihr Land zur Durchgangsstation für kriminelle Aktivitäten wird.

Sicherheit und der Kampf gegen neue und alte Formen des organisierten Verbrechens gehören zu den größten Sorgen der europäischen Bürger. Korruption zerstört die Demokratie und macht das wirtschaftliche Umfeld unberechenbar. Wir alle sind dafür verantwortlich, das Anwachsen des internationalen organisierten Verbrechens zu stoppen. In den meisten Ländern gibt es Antikorruptionsprogramme, aber Polizei und Verwaltung können oft die Lage nicht meistern, wenn ihr Land zur Durchgangsstation für kriminelle Aktivitäten wird.

• **DIE ERWEITERUNG UND DER EU-HAUSHALT**

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und die Strukturfonds machen 80 % der EU-Haushaltsausgaben aus. Die Beteiligung der Beitrittskandidaten an diesen Politiken wird wie bei früheren Erweiterungen schrittweise in den ersten Jahren der Mitgliedschaft erfolgen,



unter Beachtung des Prinzips der Gleichbehandlung. Die schrittweise Einbeziehung hilft nicht nur, den EU-Haushalt unter Kontrolle zu halten, eine uneingeschränkte Beteiligung würde auch die Fähigkeit der neuen Mitglieder überfordern, die Finanzzuflüsse zu verkraften und Projekte mitzufinanzieren. Des Weiteren könnte eine volle Beteiligung soziale und administrative Probleme aufwerfen. Auch in anderen Haushaltsbereichen müssen Schritte unternommen werden, um ähnlichen Problemen vorzubeugen.

Die wirtschaftlichen und politischen Vorteile der Erweiterung werden größer sein als die Haushaltskosten. Die voraussichtlichen Kosten, mit denen der Haushalt der Europäischen Union vom Beitritt bis 2006 belastet wird, können aus den 1999 vereinbarten Finanzperspektiven finanziert werden. Nach 2006 brauchen wir eine neue finanzielle Vorausschau, um den Bedingungen in den Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen und die gestiegenen Kosten ab 2006 zu berücksichtigen.

• **AGRARREFORM UND VERBRAUCHERPOLITIK**

Für einige Beitrittskandidaten bedeutet der Übergang zur Marktwirtschaft eine umfassende Umstrukturierung ihrer Landwirtschaft. Nach dem Beitritt werden viele Betriebe möglicherweise ihre Wettbewerbsfähigkeit einbüßen und die Landwirtschaft einstellen müssen. Die potenziell nachteiligen sozialen Folgen müssen durch strukturelle Maßnahmen gemildert werden. In der erweiterten Union müssen direkte Zahlungen an landwirtschaftliche Erzeuger nach einheitlichen Kriterien festgelegt und an soziale und ökologische Kriterien geknüpft werden.

Die Preise für Agrarland liegen erheblich unter dem EU-Niveau und es besteht die Befürchtung, dass ausländische Investoren in großem Maßstab Land aufkaufen. Wir glauben, dass diese Ängste so übertrieben sind wie die der heutigen Mitgliedstaaten vor der Freizügigkeit der Arbeitnehmer. Mit flexiblen und beiderseitig annehmbaren Übergangszeiten kann diese Sorge ausgeräumt werden.

Die Kosten der Erweiterung für die Gemeinsame Agrarpolitik und die Kosten für die Reform der GAP sind eng miteinander verbunden und stehen in einer Wechselbeziehung. Wir sind verpflichtet, eine Lösung zu finden, die die Landwirte in den neuen Mitgliedstaaten nicht diskriminiert. In jedem Fall müssen wir der Verbraucherpolitik besondere Beachtung schenken. In der EU gültige Standards für Nahrungsmittelsicherheit müssen auch nach der Erweiterung gelten und verbessert werden.



Für die SPE-Fraktion im Europäischen Parlament ist die Erweiterung kein abstraktes Thema: Wir haben auf allen Ebenen praktische Maßnahmen ergriffen und werden dies auch weiterhin tun.

Der erste stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Klaus Hänsch, ist verantwortlich für die Koordinierung unserer Bemühungen in bezug auf die Erweiterung und leitet unsere Arbeitsgruppe für Erweiterung. Sie arbeitet vor allem an horizontalen Fragen, die in den Ausschüssen des Parlaments eine Rolle spielen und mehrere oder alle Beitrittsstaaten betreffen. Je ein fachkundiger Abgeordneter der SPE-Fraktion ist dafür zuständig, die Fortschritte der Beitrittsverhandlungen, die Berichte des Parlaments über die einzelnen Beitrittsstaaten und alle wichtigen mit der Erweiterung zusammenhängenden Themen zu verfolgen. Die SPE-Mitglieder sind zudem in den Gemischten Parlamentarischen Ausschüssen für die Beziehungen zu den Beitrittsstaaten aktiv, die fast alle einen Vorsitzenden oder stellvertretenden Vorsitzenden aus den Reihen der SPE haben. In diesen Ausschüssen arbeiten wir eng mit den sozialistischen und sozialdemokratischen Mitgliedern der Parlamente in den Bewerberländern zusammen und versuchen auf diese Weise sicherzustellen, dass die Anliegen all unserer Wählerinnen und Wähler Beachtung finden. Die SPE-Fraktion hat einen positiven Einfluss auf die Debatte im Parlament.

Wir bauen die Beziehungen zu den Beitrittskandidaten kontinuierlich aus und schaffen Möglichkeiten für Dialog und Diskussionen über unsere gemeinsame Zukunft. Wir haben ausgezeichnete und regelmäßige Kontakte zu den EU-Kommissaren, die mit Fragen der Erweiterung befasst sind, insbesondere zu Günter Verheugen, aber auch zu anderen Kommissaren aus unserer politischen Familie.

Die Fraktion arbeitet mit der Sozialdemokratischen Partei Europas eng zusammen, die ein einzigartiges Forum ist, in dem Mitglieder unserer politischen Familie aus den Mitgliedstaaten und den Beitrittskandidaten zusammentreffen können. Zu unseren gemeinsamen Initiativen gehört eine Reihe von Runden Tischen, die in den Bewerberländern unter Beteiligung der SPE-Fraktion, der Sozialdemokratischen Partei Europas und der Partei des jeweiligen Gastlandes stattfinden.

Die Beziehungen zu unseren Schwesterparteien und den parlamentarischen Fraktionen stehen ganz oben auf unserer Tagesordnung. Fraktionsdelegationen reisen in die Bewerberländer, und Parlamentsmitglieder aus den Bewerberländern nehmen regelmäßig als Beobachter an unseren Fraktionssitzungen teil. Experten aus den Bewerberländern können zu den SPE-Arbeitsgruppen der Parlamentsausschüsse eingeladen werden. Nachwuchskräften aus den Bewerberländern bietet die Fraktion die Möglichkeit, sich mit der Arbeit der Europäischen Union in Brüssel im Rahmen eines Praktikums vertraut zu machen. Bei Konferenzen und anderen Veranstaltungen, die die SPE-Fraktion gemeinsam mit den Parlamentsfraktionen in den Bewerberländern organisiert, stehen die Mitglieder der SPE-Fraktion gern als Redner bereit.

Die SPE-Fraktion kann die Schwesterparteien in den Kandidatenländern beim Beitrittsprozess und bei Fragen im Zusammenhang mit den Erweiterungsberichten im Europäischen Parlament beraten. Weitere Zusammenkünfte in den Bewerberländern sind als Teil unserer Kampagne zur Unterstützung der Beitrittsprozesse geplant. Alle Mitgliedsparteien der SPE werden an der Informationskampagne der Fraktion über den Erweiterungsprozess nach Nizza beteiligt, mit der wir unsere gemeinsamen Wünsche für eine EU-Reform fördern wollen.

Im Vorfeld der Europawahlen 2004 wird die SPE-Fraktion ihre Arbeit in all diesen Bereichen intensivieren. Unser vorrangiges Anliegen ist es, dass die Bürgerinnen und Bürger der Beitrittskandidaten an diesen Wahlen teilnehmen können, und wir freuen uns darauf, in der erweiterten EU Abgeordnete aus unseren Schwesterparteien als Mitglieder unserer Fraktion willkommen zu heißen.



Lined area for notes with horizontal dashed lines.

Vertical margin area with three vertical lines.

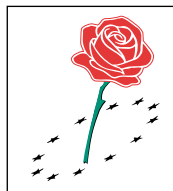


GROUPE PARLEMENTAIRE
DU PARTI
SOCIALISTE EUROPÉEN

PARLIAMENTARY GROUP
OF THE PARTY OF
EUROPEAN SOCIALISTS

FRAKTION DER
SOZIALDEMOKRATISCHEN
PARTEI EUROPAS

GRUPO PARLAMENTARIO
DEL PARTIDO DE LOS
SOCIALISTAS EUROPEOS



EUROPEAN PARLIAMENT

RUE WIERTZ - B-1047 BRUSSELS

TEL.:+32 2 284 21 11

TEL. STRASBOURG: +33 3 88 17 40 01

INTERNET: <http://www.europarl.eu.int/pes/>